



01
...
22

Hilfe für die Ukraine

UNTERSTÜTZUNG VOR ORT UND FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND

Seite 3



...
DIE ZEIT WIRD KNAPP

Altersarmut unter jüdischen Zugewanderten

Seite 7

...
SOZIALPOLITISCHE VORHABEN DER AMPELKOALITION

Im Gespräch mit Kerstin Griese, parlamentarische Staatssekretärin

Seite 9

...
WER SICH NICHT DIGITALISIERT, WIRD AUSGEKNOCKT

Abschluss des ESF-Qualifizierungsprojektes „Zedakah“ 4.0

Seite 16

Hilfe für die Ukraine: Unterstützung vor Ort und für geflüchtete Menschen in Deutschland.....	3
Kunstaussstellung Flutgeschichten: Geschichten und Bilder über Solidarität und Aufbau.....	6
Die Zeit wird knapp: Altersarmut unter jüdischen Zugewanderten.....	7
Sozialpolitische Vorhaben der Ampelkoalition: Im Gespräch mit Kerstin Griese, parlamentarische Staatssekretärin.....	9
Online Winter-Machanot: Peuloth, Hangout-Sessions und spannende Talk Shows.....	11
„The Power Of Us“ - International Convention der BBYO: 36 Jugendliche reisen mit der ZWST nach Washington und Baltimore.....	12
Erzähltheater „Kamishibai“: Ein kreativer Mehrgewinn für die jüdische Gemeinschaft.....	13
Ein bereichernder Perspektivwechsel: Freiwilliges Engagement von Menschen mit Behinderung.....	14
Spuren von zwei Jahren Pandemie an Schulen: Fachtagung für Lehrkräfte an der Hochschule Heidelberg.....	15
„Wer sich nicht digitalisiert, wird ausgeknockt“: Abschluss des ESF-Qualifizierungsprojektes „Zedakah 4.0“.....	16
Erhöhter Beratungsbedarf im Kontext Schule: OFEK in Sachsen-Anhalt - Fortsetzung einer Gesprächsreihe.....	18
Die ZWST trauert um Trude Simonsohn sel.A.: Ein Nachruf.....	20
JCC und ZWST organisieren Impfkaktion für Überlebende.....	20

EDITORIAL · von Aron Schuster, Direktor der ZWST



Liebe Freunde der ZWST, liebe Leser:innen, seit dem 24. Februar 2022 ist das Leben der Menschen in der Ukraine nicht mehr das gleiche. Auch hierzulande sind viele unserer Mitarbeitenden und Gemeindeglieder keine bloßen Beobachter:innen der voranschreitenden Eskalation. 45% Prozent der Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland haben ihre Wurzeln in der Ukraine.

Auch deshalb ist für sie die Situation unglaublich nah. Es fliehen Freunde und Verwandte.

Wie so oft führt auch dieser Krieg zu unermesslichen Leid unter der Zivilbevölkerung. Nach Angaben der UN wurden mehrere hunderte Zivilisten seit Beginn des Krieges getötet. Mehrere tausend Menschen seien verletzt worden, teilte das UNO-Büro für Menschenrechte mit. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und die Europäische Union gehen von vier bis zu sieben Millionen Menschen aus, die aus der Ukraine fliehen könnten. 12 Millionen Menschen könnten auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Vielen Geflüchteten innerhalb und außerhalb der Ukraine fehlt es an Lebensmitteln, Trinkwasser und weiteren Hilfsgütern wie Hygieneartikeln. Die meisten Menschen haben bei ihrer Flucht nur das Nötigste mitgenommen. Unter den Fliehenden befinden sich vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, sie sind auf besondere Unterstützung angewiesen.

Erneut sind die ZWST und die jüdische Gemeinschaft mit einer Mammutaufgabe konfrontiert. Ohne die Zugewanderten aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion wäre die jüdische Community heute eine andere, viele jüdische Gemeinden gäbe es nicht mehr. Im Zuge dieser Krise sind wir ganz besonders auf sie angewiesen. Die Hilfsbereitschaft der vergangenen Wochen war überwältigend.

Auf Basis ihrer langjährigen Expertise, ihrer humanitären Selbstverpflichtung im Sinne des Leitbildes „Zedaka“ und der persönlichen Verbundenheit hat die ZWST ihre Kapazitäten auf die Unterstützung von Menschen in und aus der Ukraine ausgerichtet. Das Team der ZWST engagiert sich seit Wochen Tag und Nacht, die Schutzsuchenden aus der Ukraine bestmöglich zu betreuen und zu versorgen. Die Menschen werden von Fachkräften begleitet, von denen nahezu alle in den vergangenen 30 Jahren selbst als sog. „Kontingentflüchtlinge“ aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine werden uns gesamtgesellschaftlich auf Dauer viel abverlangen. Aus kurzfristiger Hilfsbereitschaft muss dann ein dauerhafter gesellschaftlicher Zusammenhalt werden, der vor allem Kindern, pflegebedürftigen Personen und Menschen mit einer Beeinträchtigung einen schnellen Zugang in unsere Regelsysteme ermöglicht. Hoffen wir, dass dieser Krieg ein schnelles Ende nimmt, damit weiteres Leid verhindert werden kann. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um für die Menschen zu sorgen. *Ihr Aron Schuster*

Hilfe für die Ukraine

UNTERSTÜTZUNG VOR ORT UND FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND



© IsraAID Germany

Seit Januar 2022 ist die ZWST über ihre Partnerorganisation IsraAID Germany e.V. in unterschiedlichen Bereichen der humanitären Hilfe aktiv, um die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu unterstützen. Die Hilfsmaßnahmen von IsraAID Germany fokussierten sich zunächst auf die Konfliktzone im Osten der Ukraine sowie auf die jüdische Gemeinschaft von Binnenvertriebenen aus dem Donbass in Kiew. Das Projekt wird aus Mitteln von „Aktion Deutschland Hilft“ finanziert.

Durch die enge Zusammenarbeit mit Gemeinden und Partnerorganisationen vor Ort konnten lokale Mitarbeiter:innen in das Projektteam von IsraAID Germany integriert werden. Auf diese Weise blieb IsraAID Germany trotz der Eskalation des Konfliktes hin zu einem Angriffskrieg ab dem 24.02. handlungsfähig.

An der Rumänisch-Ukrainischen Grenze in Siret, Suceava und Iasi werden ukrainische Geflüchtete, darunter ein Großteil Kinder und Jugendliche, mit Hilfsgütern (Kleidung, Lebensmittel, Medikamente, Güter des täglichen Bedarfs) versorgt und psychosoziale Unterstützung geleistet. In Iasi wird dies in Zusammenarbeit mit Projektpartnern der jüdischen Gemeinde von Binnenvertriebenen aus dem Donbass in einem temporären Gemeindezentrum organisiert, in Suceava in Kooperation mit einem lokalen Hotel, dass eine temporäre Unterbringung der durchreisenden Geflüchteten ermöglicht. Weitere Hilfsmaßnahmen entlang der Rumänisch-Ukrainischen Grenze sind geplant.

Innerhalb der Ukraine ist IsraAID Germany mit Hilfslieferungen sowie psychosozialer Unterstützung aktiv. Seit der Eskalation des Konflikts konnte IsraAID Germany enge Beziehung zu der ukrainischen Regierung wie der stellvertretenden Premierministerin und der Grenzverwaltung aufbauen. Über ein von IsraAID ini-

tiertes Netzwerk rumänischer Apotheken und einen speziellen Lieferanten in Kiew konnten Medikamente und medizinisches Gerät an Kinderkrankenhäuser in Czernowitz und Lwiw geschickt werden. 25.000 Kindern halfen diese Lieferungen bereits, weitere werden folgen.

In der Ostukraine leistet die lokale Partnerorganisation Avalyst dringend benötigte Unterstützung durch eine psychosoziale Hotline. Avalyst ist eine ukrainische NGO, die bereits vor Ausbruch des Krieges von Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen gegründet wurde. Ihr Ziel war es, Kinder, Eltern und Lehrpersonal an Schulen im Umgang mit den Auswirkungen des seit 2014 andauernden Konfliktes zu unterstützen. IsraAID Germany organisiert Trainings und kontinuierliche Supervision für die Helfer:innen von Avalyst. Über das gut organisierte Netzwerk von Avalyst ist IsraAID Germany außerdem in der Lage, auch in der Ostukraine Nahrungsmittellieferungen für von der regulären Versorgung abgeschnittene Gemeinden zu organisieren.

Alisa (psychologisches Betreuungsteam IsraAID Germany) berichtet aus einer Notunterkunft in Suceava, Rumänien:

„Viele Menschen kommen verwirrt hierher und wissen nicht, wohin sie gehen sollen. Einige Menschen haben ihre Häuser durch Bomben verloren, andere wurden von ihren Ehepartnern getrennt und fühlen sich verloren, wieder andere haben Verwandte und hoffen, dass sie den Weg zu ihnen finden. In der Notunterkunft versuchen die Menschen, sich gegenseitig zu unterstützen und ruhig zu bleiben. Viele sagen, dass sie nur irgendwo ausharren wollen, bis der Krieg vorbei ist, und dass sie, sobald sie können, zurück in die Ukraine kommen werden.“



Empfang von geflüchteten Menschen aus der Ukraine in der Hauptgeschäftsstelle der ZWST, Frankfurt/Main

Hilfe für Geflüchtete in Deutschland

Als sozialer Dachverband jüdischer Gemeinden unterstützt die ZWST ihre Mitglieder darin, folgende Angebote zu organisieren: kultursensible, humanitäre Hilfe, d.h. Vermittlung von Unterkünften, koschere Verpflegung, Betreuung und Beratung durch russisch- und ukrainisch-sprachige Fachkräfte, Kinderbetreuung, Vermittlung von medizinischer Betreuung. Dies wird gestärkt durch eine immense Solidarität und Hilfsbereitschaft innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Das Sozialreferat der ZWST organisiert einen wöchentlichen digitalen Austausch mit den Sozialarbeitenden der jüdischen Gemeinden.

Evakuierungsbusse: Die Hauptgeschäftsstelle der ZWST in Frankfurt ist eine der Anlaufstellen für Geflüchtete. Seit Anfang März werden von der ZWST Evakuierungsbusse aus Moldawien für geflüchtete Menschen aus der Ukraine organisiert. Sie werden in Frankfurt vom Fachpersonal der ZWST in Empfang genommen, beraten, versorgt und weitervermittelt. Bei Erscheinen dieser Ausgabe konnte die ZWST 13 Busse mit zirka 400 geflüchteten Menschen in Empfang nehmen.

Evakuierung von Überlebenden der Shoah: Ende März haben die ZWST und die Claims Conference (Conference on Jewish Material Claims Against Germany) mit der Evakuierung von hochbetagten und pflegebedürftigen Menschen, die die Shoah überlebt haben, begonnen. Dabei werden sie durch ein Netzwerk

zahlreicher internationaler Hilfsorganisationen unterstützt. Die Evakuierungen aus teils schwer umkämpften Kriegsgebieten in der Ukraine werden in Ambulanzwagen und Liegendtransporten vorgenommen.

Gemeindeakutprogramm: Um die Gemeinden und jüdischen Partnerorganisationen bei der Betreuung von jüdischen Schutzsuchenden und ihren Angehörigen aus der Ukraine zu unterstützen, organisiert die ZWST ein Gemeindeakutprogramm, gefördert durch das American Jewish Joint Distribution Committee und die Alfred Landecker Stiftung. Diese Fördermaßnahme soll die Versorgung von ukrainischen Geflüchteten in den jüdischen Gemeinden mit Gegenständen des persönlichen Bedarfs wie Hygieneartikeln, Bekleidung, medizinischen Hilfsmitteln sowie ergänzenden Lebensmitteln sicherstellen. Hierzu stellt die ZWST den teilnehmenden Mitgliedsgemeinden und Organisationen aus Stiftungsmitteln finanzielle Hilfen zur Verfügung.

Migrationsberatung: Um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine in Bezug auf alltägliche und bürokratische Herausforderungen zu unterstützen, hat die ZWST ihr Netzwerk von Migrationsberater:innen aktiviert. Sie bieten an 15 Standorten in Deutschland Hilfe für erwachsene Zugewanderte an. Die Beratung wird unter anderem in russischer und ukrainischer Sprache angeboten.

Aufstockung des BFD-Kontingentes: Das BMFSFJ unterstützt die Aktivitäten der ZWST in der Arbeit für und mit geflüchteten Menschen durch 35 zusätzliche Plätze im Bundesfreiwilligendienst. Der Einsatz muss im Zusammenhang mit dem aktuellen Fluchtgeschehen stehen, d.h. es können entweder aktuell Geflüchtete als Freiwilligendienstleistende gewonnen werden, oder zusätzliche Freiwillige in der Betreuung und Versorgung geflüchteter Menschen eingesetzt werden.

Aktion Mensch hat ein Förderprogramm "Sonderförderung Ukraine: Hilfe für geflüchtete Menschen" in Höhe von 20 Millionen Euro eingerichtet, um Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen sowie deren Begleitung ein sicheres Ankommen und den schnellen Zugang zu unterstützenden Angeboten zu ermöglichen. Zu diesem Förderprogramm hat der Inklusionsfachbereich Gesher digitale Infoveranstaltungen durchgeführt und vermittelt auf der ZWST-Website in einem mehrsprachigen Erklärvideo anschauliche Informationen.

Die Beratungsstelle OFEK e.V. bietet jüdischen Gemeinden und Organisationen erweiterte psychosoziale und psychologische Unterstützung an. Dazu gehören u.a. Gesprächsräume (Safe Spaces), psychologische Beratung für Geflüchtete und Supervision für Volontäre. (s. Interview, S. 18 f)

Portal für Hilfeangebote: Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine erreichen die ZWST vielfältige Hilfsangebote. Über ein Online-Portal erfasst der Verband diese Angebote von Organisationen und Privatpersonen, um sie gezielt zu kanalisieren und an Hilfesuche zu vermitteln (Versorgung, Unterbringungsmöglichkeiten u.a.). www.ukrainehilfe.zwst.org

Vereinfachtes Verfahren für die jüdische Zuwanderung: Der Zentralrat der Juden und die ZWST haben gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vereinfachte Zuwanderungsregelungen für jüdische Schutzsuchende aus der Ukraine vereinbart. Im Unterschied zum bisherigen Verfahren können Menschen jüdischer Abstammung aus der Ukraine Anträge auf Zuwanderung jetzt auch in Deutschland, direkt bei der örtlichen jüdischen Gemeinde stellen. Bisher musste dies im Herkunftsland bei der Deutschen Botschaft geschehen. Die Anträge werden bei der ZWST zur Vorprüfung eingereicht. Das BAMF entscheidet abschließend über die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für die Antragstellenden bzw. einer Aufenthaltserlaubnis für Familienangehörige. Die ZWST unterstützt und berät die verantwortlichen Mitarbeitenden in den Gemeinden, um die Prüfung, qualitativ gut aufgearbeitet, möglichst schnell umzusetzen.

Die Sanktionen der EU gegen Russland hatten zur Folge, dass Empfänger:innen russischer Renten im Grundsicherungs-



Jede Spende hilft. Medizinische Ausrüstung wird an ein Kinderkrankenhaus in Kamyanetz, Ukraine geliefert. Foto: Andrei Dascalescu

bezug auch finanziell getroffen wurden. Dem Zentralrat und der ZWST gelang es in Gesprächen mit der Bundesregierung, eine Lösung zu erzielen, die einer finanziellen Benachteiligung dieser Zielgruppe entgegenwirken soll. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Sozialhilfeträger angewiesen, die Grundsicherung entsprechend neu zu berechnen. „Wenn sich die Rentenansprüche nicht mehr realisieren lassen, sind die laufenden Bescheide zu korrigieren (...). Oberste Priorität hat aus Sicht des BMAS eine pragmatische und wohlwollende Handhabung der Fälle, die zunächst die Existenzsicherung für die betroffenen Personen gewährleistet.“

Aron Schuster, Direktor der ZWST: „Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Frieden muss uns wieder mehr wert sein. Internationale Solidarität unter Demokratien und Rohstoffunabhängigkeiten von autoritären Staaten haben ihren Preis, den wir alle mittragen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass die überwältigende Hilfsbereitschaft in Deutschland kein kurzzeitiges Phänomen bleibt. Vor allem vulnerable Schutzsuchende aus der Ukraine, wie Kinder, Pflegebedürftige oder Menschen mit Beeinträchtigung brauchen schnellen Zugang in unsere Regelsysteme. Aus Hilfsbereitschaft muss dann ein fester gesellschaftlicher Zusammenhalt werden.“

Spendenaufruf: Um die Arbeit der ZWST und ihrer Partnerorganisation IsraAID Germany e.V. zu unterstützen, wird zu Spenden aufgerufen.

<https://zwst.org/de/ukrainehilfe>

Aktion Deutschland Hilft: ZWST direkt:



Kunstaustellung Flutgeschichten

GESCHICHTEN UND BILDER ÜBER SOLIDARITÄT UND AUFBAU



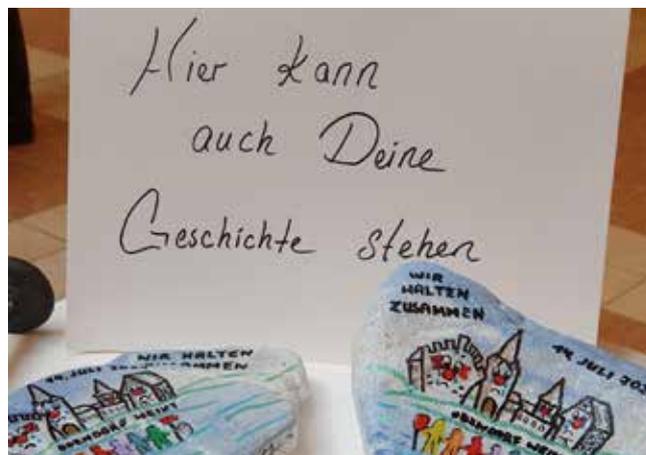
„Flutgeschichten“ ist eine interaktive Kunstausstellung über die Hochwasserkatastrophe 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Es werden über 100 Exponate ausgestellt, vor allem Fotos und „Flut-Kunst“. Betroffene und Helfer:innen erzählen ihre Geschichten von Wiederaufbau und Solidarität. Das Ausstellungsprojekt wurde von Carlo Schenk und der Kuratorin der Ausstellung, Beyza Corapcigil (beide IsraAID Germany) organisiert.

Mitte Februar wurde der erste Ausstellungsort in diesem Jahr eröffnet, das Bürgerzentrum in Ahrweiler. Die Ausstellung war dort bis Mitte März zu sehen und ist mittlerweile nach Bonn weitergezogen, der nächste Ausstellungsort ist Koblenz. Flankiert wurde die Ausstellung in Ahrweiler von einem vielfältigen Programm: Kunstworkshops, Coachings, Führungen und Konzerte. Auch haben sich verschiedene lokale Vereine und Projekte vorgestellt und Besucher:innen wurden eingeladen, selbst vor Ort kreativ zu werden.

Die Ausstellung wird im Jahr 2022 in den betroffenen Bundesländern und weiteren Regionen in Deutschland sowie online zu sehen sein. Ziel der Ausstellung ist es, die persönlichen Geschichten und Schicksale der betroffenen Menschen künstlerisch darzustellen. Mit Hilfe eines kunsttherapeutischen Ansatzes will die Ausstellung bei der Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse helfen und gleichzeitig die Solidarität der lokalen und überregionalen Bevölkerung veranschaulichen.

Alle Betroffenen sind weiterhin eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Die Projektleitenden von IsraAID Germany freuen sich über Fotografien und Fotos, persönliche

Gegenstände und Artefakte, die in direktem Zusammenhang mit dem Hochwasser, dem Gedenken, der Solidarität und der Zeit der Rehabilitation stehen.



INFO

Flutgeschichten

ist ein gemeinnütziges Projekt von IsraAID Germany e.V. in Kooperation mit der ZWST und wird gefördert vom Hilfebündnis Aktion Deutschland Hilft e.V.

www.flutgeschichten.org

In Kooperation mit der ZWST ist IsraAID Germany seit Juni 2021 mit 2 Projekten in der Gemeinde Swisstal, Rhein-Sieg Kreis und der Gemeinde Ahrweiler aktiv: zunächst durch akut erforderliche Nothilfe und aktuell durch psychosoziale Unterstützung und Empowerment.

Die Zeit wird knapp

ALTERSARMUT UNTER JÜDISCHEN ZUGEWANDERTEN



Der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau 1945, wurde von den Vereinten Nationen als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust festgelegt. Dieses Datum markiert eine humanitäre Willenserklärung der internationalen Staatengemeinschaft, die Schrecken des Holocaust nie wieder geschehen zu lassen.

Anlässlich dieses Gedenktages hat die ZWST im Rahmen einer umfangreichen Kampagne ihrer Forderung nach umgehender Anerkennung der Lebensleistung jüdischer Zugewanderter Nachdruck verliehen.

2021 wurden in Deutschland 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und 30 Jahre jüdischer Zuwanderung aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion gefeiert. Jüdische Menschen, die in den vergangenen 30 Jahren nach Deutschland gekommen sind, hatten oft mehrfache Verfolgungserfahrungen hinter sich und hofften, der antisemitischen Diskriminierung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu entfliehen. Sie haben nach dem Mauerfall erheblich zum Auf- und Ausbau jüdischer Infrastrukturen in Deutschland und zum Wiederaufleben einer vielfältigen jüdischen Gemeinschaft beigetragen. Ohne sie gäbe es heute kaum noch jüdisches Leben in Deutschland.

Heute leben ca. 70.000 jüdische Senior:innen unter der relativen Armutsgrenze in Deutschland, darunter viele Holocaust-Überlebende: 93% der jüdischen Zugewanderten im

Rentenalter beziehen Grundsicherung, deren Regelsätze deutlich unter der Grenze zur Armutsgefährdung liegen. Ursachen dafür sind vor allem Brüche in der Erwerbsbiografie durch die Nichtanerkennung ihrer Berufsabschlüsse und Arbeitsleistung vor der Migration. 69% der Zugewanderten, die vor 1954 geboren sind, haben einen akademischen Abschluss, in 78% der Fälle wurde er in Deutschland nicht anerkannt. Die jahrelangen Versäumnisse der Politik, die historische Verantwortung gegenüber den jüdischen Zugewanderten in ausreichende soziale Integration überzuführen, müssen schnellstmöglich ausgeglichen werden.

Aufgrund der immer knapper werdenden Zeit infolge des hohen Alters der Zugewanderten fordert die ZWST von der Bundesregierung die zeitnahe Umsetzung der Härtefallfonds-Lösung in Form einer angemessenen Zahlung, die steuerfrei und anrechnungsfrei auf Transferleistungen erfolgt.

Abraham Lehrer, Präsident der ZWST: „Es ist allerhöchste Zeit, die Lebensleistung der aus Moskau, Kiew, Minsk und vielen anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten Familien zu würdigen. Der Einsatz verschiedener Zuwanderergenerationen für die Wiederherstellung jüdischen Lebens in Deutschland muss anerkannt werden. Unsere Forderung an die Politik: Historische Verantwortung wahrnehmen und jetzt handeln, damit das Bekenntnis zur Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland nicht zu einer Worthülse verkommt.“

Fortsetzung

Die Zeit wird knapp - Altersarmut unter jüdischen Zugewanderten

8



Aus einem Beitrag des MDR-Fernsehens, der die bedrückende Geschichte von betroffenen Zugewanderten aufgezeichnet hat:

Es ist eine bittere Ironie der Geschichte. Als Kinder erlebten sie die Grausamkeiten der deutschen Besatzung. Im hohen Alter sind sie in Deutschland Bittsteller.

"Unsere Diplome, unsere Berufsabschlüsse wurden hier nicht anerkannt", sagt Alexej Heistver (80, in seiner Heimat studierte er und arbeitete als Historiker). Es war egal, welchen Beruf man erlernt oder welchen Studienabschluss man erreicht hatte. Er war dann als Wächter in seiner neuen Heimat in Wismar in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Nun bekommt Alexej Heistver zusammen mit seiner Frau 660 Euro pro Monat als Grundsicherung im Alter. Dazu kommen 200 Euro von der Jewish Claims Conference, weil er ein anerkanntes Holocaustopfer ist. Das Sozialamt bezahlt Miete und Krankenkasse.

Dafür muss Alexej Heistver regelmäßig seine Kontoauszüge vorlegen und seine finanzielle Situation offenbaren. Dabei sei das Unwissen in den Behörden besonders demütigend: "Diese Leute haben sehr oft keine Ahnung, was Holocaust ist." Als er einer Bearbeiterin im Sozialamt Wismar erklärt habe, dass er eine Entschädigung als Holocaust-Opfer erhalte, habe diese gefragt: Was ist das?

Alexej Heistver: "Das Leben könnte ganz anders sein. Für die Würde wäre das ganz anders, ein ganz anderes Selbstbewusstsein. Aber was können wir machen. Nichts ändert sich, schon viele Jahre."

Leonid Berezin (92) war eine Koryphäe auf dem Gebiet der Funkwellentechnik und lehrte bis zur Rente als Professor an der Universität. Auch bei ihm wurden diese Berufsjahre nicht für die Rentenberechnung anerkannt. Deshalb lebt er heute in einer kleinen Einraum-Wohnung in Berlin und bezieht ebenfalls Grundsicherung: 426 Euro im Monat. Große Sprünge sind nicht drin, seine Lebensmittel kauft er beim Discounter, ins Theater oder Kino geht er nicht.

Dazu Günter Jek, Leiter des Berliner Büros der ZWST:

"Das Versäumnis der Vergangenheit, nicht für eine ausreichende soziale Absicherung der Zuwander:innen zu sorgen, muss endlich ausgeglichen werden. Die Zeit brennt, denn die Leute werden immer älter. Wenn wir jetzt nicht schnell eine pragmatische Lösung finden, werden Menschen sterben, die eigentlich anspruchsberechtigt sind."

Altersarmut als Resultat von unterbrochenen Erwerbsbiographien und / oder von prekären Beschäftigungsverläufen betrifft zwar laut dem 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nur 3,2 Prozent aller Personen im Rentenalter. Jedoch sind Personen mit Migrationshintergrund hier überproportional vertreten. Altersarmut ist kein alleiniges Problem jüdischer Zuwanderer:innen, die Nichtanerkennung ihrer Berufsabschlüsse und deren Folgen, erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt und Tätigkeiten im Niedriglohnsektor, sind jedoch ursächlich dafür, dass nahezu alle zum Zeitpunkt der Zuwanderung älteren Personen nur ein Rentenniveau in Grundsicherungsnahe oder darunter erreicht haben.

MDR exakt, 12.01.2022, in der Mediathek verfügbar:
<https://www.mdr.de/video/mdr-videos/c/video-588538.html>

Sozialpolitische Vorhaben der Ampel-Koalition

IM GESPRÄCH MIT KERSTIN GRIESE, PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

Sehr geehrte Frau Griese, seit 2018 sind Sie parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales. Sie gehören damit zu den wenigen Regierungsmitgliedern, die nach vier Jahren in der großen Koalition nun auch Teil der Ampel-Koalition sind. Was hat sich aus Ihrer Perspektive durch den Regierungswechsel am meisten verändert?

„Die neue Koalition hat sich dem Fortschritt verpflichtet, für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Auch wenn wir als SPD in der alten Bundesregierung vieles durchsetzen konnten, gerade im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik, ist jetzt der Gestaltungswille deutlicher. Wir wollen das Land modernisieren, der Aufbruch ist spürbar. Wir packen die großen Zukunftsfragen an, zum Beispiel werden wir die Kindergrundsicherung einführen und erneuerbare Energien massiv ausbauen. Und wir arbeiten vertrauensvoll zusammen, das ist gerade in einer Dreier-Koalition wichtig, denn da müssen alle drei Partner zu gemeinsamen Lösungen kommen. Der furchtbare Angriffskrieg Putins auf die Ukraine stellt uns vor große Herausforderungen, natürlich zuallererst, um diesen Krieg baldmöglichst zu beenden. Aber auch die gute Aufnahme der Flüchtlinge und die schnelle Beendigung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten dieser Ampel-Koalition.“

Der von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FPD verhandelte Koalitionsvertrag sieht eine Vielzahl ambitionierter Pläne vor. Welchen sozialpolitischen Vorhaben messen Sie die größte Bedeutung bei?

„Für mich ist wichtig, dass Fortschritt immer auch sozialer Fortschritt ist, damit alle Menschen teilhaben können. Es geht darum, den Lebensalltag von Menschen konkret zu verbessern. Es geht um mehr Respekt vor Leistung, um anständige Einkommen und auch um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gerade dann, wenn sich unglaublich viel verändert, müssen sich Menschen auf die soziale Sicherheit in Deutschland verlassen können, auf stabile Alterssicherungssysteme, auf einen bürgernahen Sozialstaat und auf die Chancen und den Schutz, den jeder Mensch in solchen Zeiten braucht. Diese Verlässlichkeit ist eine große Stärke unseres Landes.

Aber da Sie nach konkreten Maßnahmen gefragt haben, will ich drei Themen nennen: Zuallererst ist die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu besseren Löhnen und damit zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Der neue Mindestlohn ist eine der größten Lohnerhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Davon profitieren Millionen Menschen, viele davon sind Frauen und viele leben in Ostdeutschland. Das haben wir vor der Wahl versprochen - und das halten wir!

Es wird in den nächsten Monaten sehr konkret darum gehen, wie wir eine soziale Klimapolitik machen können. Es gibt eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, klimaneutraler zu leben, aber es



© Inga Haar

muss für alle bezahlbar sein. Wir müssen dafür sorgen, dass die dringend erforderlichen Maßnahmen zum Klimaschutz einhergehen mit guter Arbeit und sozialer Sicherheit.

Und ich setze mich dafür ein, dass Deutschland endlich barrierefreier wird. Hier ist noch viel zu tun, in der Gesundheitspolitik, der Verkehrspolitik, bei der Digitalisierung und beim Wohnen. Aber es geht auch darum, Barrieren in den Köpfen abzubauen und allen Menschen die Teilhabe an allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. Wir wollen bei der Inklusion vorankommen.“

Seit vielen Jahren gehören Sie zu den wichtigen Streitkräften für die Belange der jüdischen Gemeinschaft und positionieren sich regelmäßig öffentlich gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Wie kann es gelingen, die Verbreitung von Hass und Hetze in unserer Gesellschaft wieder zurückzudrängen?

„Wir wollen ein Land sein, in dem alle Menschen frei und ohne Angst leben können, ganz gleich, woran sie glauben oder woher ihre Familien einmal kamen. Wenn Menschen rassistischem oder antisemitischem Hass ausgesetzt sind, ist das völlig inakzeptabel. Das Engagement gegen Antisemitismus ist mir seit vielen Jahren wichtig, in der Jugendarbeit, im Geschichtsstudium, in meiner Arbeit in der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Düsseldorf, in der Politik und in meinem ehrenamtlichen Engagement in der evangelischen Kirche.

Diese Bundesregierung wird alles dafür tun, dass Hass und Hetze bei uns nicht mehr ungestraft verbreitet werden können und das gesellschaftliche Klima vergiften. Jeder muss merken, dass der Rechtsstaat nicht zurückweicht.

Aber der Kampf gegen den Hass ist nicht nur die Aufgabe von Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden. Er ist auch eine Aufgabe der

gesamten Gesellschaft. Antisemitismus in allen Facetten muss bekämpft werden, ob aus der rechtsextremen Ecke, was unser größtes Problem ist, aber auch von islamistischer Seite oder von ganz links. Deshalb wollen wir politische Bildung und demokratisches Engagement massiv stärken.

Wir brauchen mehr Begegnungsräume, Lernen aus der Geschichte, Bildungsarbeit gegen Rassismus und Antisemitismus, Aktionen für Toleranz und Zivilcourage. Das ist die beste Antwort auf Menschenverachtung, Intoleranz und Gewalt. Dafür werden wir als Bundesregierung mit einem Demokratiefördergesetz so schnell wie möglich eine neue Grundlage schaffen.“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist verlässlicher Partner der freien Wohlfahrtspflege. Gerade während der Pandemie hat sich diese fruchtbare Zusammenarbeit mehrfach zu Gunsten der vielen sozialen Dienste und Einrichtungen in Deutschland ausgezahlt. Können Sie unseren Leser:innen Einblicke in die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ministerium und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) geben, wie zum Beispiel das wesentlich von Ihnen initiierte und moderierte Sozialmonitoring zwischen Bundesregierung und Wohlfahrtsverbänden ?

„Zweimal jährlich treffen sich die Wohlfahrtsverbände mit der Bundesregierung zum Sozialmonitoring. Das ist ein herausragendes Beispiel für die gute Zusammenarbeit. Es ermöglicht den Wohlfahrtsverbänden, ihre praktischen Erfahrungen einzubringen und der Bundesregierung auf direktem Weg Probleme aufzuzeigen, die bei der Umsetzung von Gesetzen auftreten. Schwierigkeiten, die vor dem Praxistest nicht absehbar waren, können so direkt mit den Arbeitsebenen der Ministerien gelöst werden. Ich freue mich sehr, dass das Kanzleramt auch in dieser Wahlperiode das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt hat, das Sozialmonitoring durchzuführen und ich auch persönlich diese gute Zusammenarbeit fortsetzen kann. Unser Ziel ist es dabei, Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen. Unser Sozialstaat soll den Menschen, die ihn brauchen, schnell und unbürokratisch helfen.

Aber auch in vielen anderen Themen der Sozialpolitik ist der kurze Draht zwischen den Wohlfahrtsverbänden und dem Ministerium wichtig, zum Beispiel haben wir es mit dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz geschafft, die soziale Infrastruktur in der Corona-Pandemie zu sichern. Uns eint, dass wir uns gemeinsam für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit einsetzen.“

Der Härtefallfonds für von Altersarmut betroffene jüdische Zugewanderte konnte bisher nicht umgesetzt werden und ist erneut Teil des Koalitionsvertrags. Doch die demografische Entwicklung macht vor politischen Entscheidungen nicht halt. Die Bundesländer haben mehrfach ihre

Bereitschaft bekundet, die überproportional prekäre Lage der betroffenen Zugewanderten zu verbessern. Aus Sicht der Bundesregierung erscheint die Verknüpfung von deren Problematik mit Nachbesserungen aus dem Übergang des DDR-Rentenrechts aus Gründen der Prozessökonomie sinnvoll. Wie kann dieses Vorhaben in der 20. Wahlperiode doch noch realisiert werden? Würde durch die vorhandene Unterstützung der Bundesländer eine Loslösung der Zielgruppe von Härtefällen aus der West-Ost-Rentenüberleitung das Vorhaben beschleunigen?

„Unser Koalitionsvertrag sieht vor, dass der geplante Fonds aus der letzten Wahlperiode zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung auch für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion sowie für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler umgesetzt werden soll. Diese Verabredung knüpft an die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und die Arbeiten aus der vergangenen Wahlperiode an.

Nach einem Ende 2018 begonnenen Dialogprozess von Bund und Ländern hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Frühjahr 2021 Eckpunkte für einen Härtefallfonds entwickelt, die auch die Gruppe der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer umfassen. Dafür haben wir intensiv mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland gesprochen und eine Umfrage in den jüdischen Gemeinden zugrunde gelegt. Zielgruppe der geplanten Einmalleistung sind diejenigen, die in oder nahe der Grundsicherung sind und deren Erwerbsbiografie maßgeblich im ausländischen Herkunftsgebiet geprägt worden ist.

Die Bundesländer sind aufgefordert, sich an diesem Härtefallfonds zu beteiligen. Unser Ziel ist es - so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht - in einem Schritt einen Ausgleich für alle dort genannten Gruppen zu finden. Der Bund hat dafür im Haushalt finanzielle Mittel eingestellt. Ich hoffe sehr, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung mit den Ländern kommen, um den immer älter werdenden jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, die längst in den Gemeinden in Deutschland heimisch geworden sind, eine Unterstützung zahlen zu können.“

Herzlichen Dank für das Interview, liebe Frau Griese ! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und Energie für Ihre politische Arbeit ! HvB, ZWST



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Online Winter-Machanot

PEULOTH, HANGOUT-SESSIONS UND SPANNENDE TALK-SHOWS



Vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen im Winter 2021/2022 hat die ZWST ihre Wintermachanot vom 23.12. bis 31.12. 2021 online organisiert.

Die Kinder und Jugendlichen der eigentlich vorgesehenen Präsenz-Machanot in Bad Sobernheim (10-13 Jahre), in Natz (Südtirol, 14-15 Jahre) und Raas (Südtirol, 16-18 Jahre) trafen sich im virtuellen Raum zu vielfältigen Online-Aktivitäten, die von den Madrichim:ot mit Überraschungspaketen vorbereitet wurden.

Rund 70 Chanichim nahmen an spannenden Programmen und Peuloth in ihren jeweiligen Gruppen teil. Zu den gemeinsamen Aktivitäten gehörte die Zubereitung von Challot sowie die stimmungsvolle Hawdala-Zeremonie zum Schabbatausgang am Samstag, den 25. Dezember und das Begrüßen der neuen Woche.

Die Hangout-Sessions boten der jungen Generation die Gelegenheit, mit ihren Madrichim:ot zu entspannen und sich auszutauschen. In verschiedenen Madtalks haben die Madrichim:ot in Form eines interaktiven Workshops über vorher von den Chanichim ausgewählte Themen gesprochen.

Zusätzlich gab es die Möglichkeit, zeit- und ortsunabhängig an den Chugim (AG's) teilzunehmen und zur Prime-Time eine TV-Serie zu verfolgen, die die Madrichim:ot selber aufgenommen hatten. Hier sprachen verschiedene Moderatoren mit ihren Gästen über Koscheres Essen, Nachhaltigkeit, Tikun Olam oder russisch-jüdische Kultur. Im „virtuellen Max-Willner-Heim“ gehörte eine Show zum Programm, in der die Chanichim in Breakout Rooms verschiedene Game Shows gespielt haben.

Trotz der Ferne waren wir uns diesen Winter wieder ganz nah. Der Dank geht an alle teilnehmenden Kinder und Jugendlichen, die Madrichim:ot, die dieses besondere Programm auf die Beine gestellt haben und nicht zuletzt: an die Deutsche Fernsehlotterie und die Genesis Philanthropy Group, die die Durchführung gefördert haben. *Jona Gross, ZWST*



„The Power Of Us“ - International Convention der BBYO

12

36 JUGENDLICHE REISEN MIT DER ZWST NACH WASHINGTON UND BALTIMORE



Zum vierten Mal hat eine Gruppe der ZWST an der International Convention (IC) der Jugendorganisation BBYO teilgenommen, mit 36 Personen von 14 bis 18 Jahren so viele wie nie zuvor und damit auch die größte europäische Delegation. Begleitet wurde die Gruppe von Nachumi Rosenblatt, Leiter des ZWST-Jugendreferates und Ilja Cinciper, bei der ZWST Projektleiter für die internationale Jugendarbeit. Bella Davydov und Mary Kokorev waren als Madrichot dabei.

BBYO ist die weltweit größte pluralistische jüdische Jugendbewegung mit Sitz in den USA. BBYO und die ZWST kooperieren seit einigen Jahren eng miteinander. Ziel ist eine Intensivierung des internationalen Austausches jüdischer Jugendlicher und die Stärkung einer partizipativen Jugendarbeit.

Am 13. Februar startete die ZWST-Delegation zunächst zu der Global Ambassadors Week (GAW) in Washington D.C. Hier kamen 300 Jugendliche, u.a. aus Europa, Südamerika, Südafrika und Australien zusammen und haben sich über das jüdische Leben in ihren Ländern ausgetauscht. Zum Programm gehörten eine Sightseeing-Tour durch die Hauptstadt der USA, verschiedene Museumsbesuche und Leadership-Sessions, die von den Jugendlichen vorbereitet wurden. Auch Teilnehmende der ZWST-Delegation haben im Rahmen der GAW Workshops organisiert. Im Rahmen verschiedener Abendaktivitäten und Ausflüge hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich in einer entspannten Atmosphäre besser kennenzulernen.

Vom 17. bis 21. Februar ging es weiter zur 98. International Convention in Baltimore, Maryland. Dort kamen 3000 Jugendliche unter dem Motto „The Power Of Us“ zusammen. Auch hier wurden verschiedene Ausflüge und Leadership Sessions organisiert. Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Unterhaltung darüber auszutauschen, was sie in dieser Welt bewirken können. Außerdem fanden Wahlen zum BBYO-Jugendparlament statt.



Auch Aron Schuster, Direktor der ZWST, ließ es sich nicht nehmen, an diesem besonderen Ereignis teilzunehmen:

„Ich konnte erstmals die ZWST-Delegation zur International Convention unserer amerikanischen Partnerorganisation BBYO begleiten. Es war beeindruckend zu sehen, wie sich tausende jüdische Jugendliche aus der ganzen Welt für ein pluralistisches und selbstbewusstes jüdisches Leben in ihren Heimatländern einsetzen und miteinander vernetzen. Die enge Kooperation zwischen BBYO und der ZWST hat maßgeblich zur Internationalisierung unserer Kinder- und Jugendarbeit beigetragen. Gerade jetzt, in Zeiten aufflammender Konflikte wird der länderübergreifende Austausch wichtiger denn je.“

Daniel (15), Düsseldorf: „Ob mit 4000 jüdischen Jugendlichen Shabbat zu feiern oder Workshops im Kampf gegen Antisemitismus zu besuchen, ob Lincoln Memorial, White House oder Holocaust Museum, diese Reise mit der ZWST in die USA war unbeschreiblich. In 10 Tagen so zusammenzuwachsen, ist unglaublich und ich vermisse jede Sekunde davon. Es war die erste, aber bestimmt nicht letzte Reise mit meiner ZWST-Familie und ich bin sehr dankbar dafür!“

Ori (16), Frankfurt: „Für mich war es neu, viele jüdische Jugendliche aus aller Welt zu treffen, da ich selber in meinem jüdischen Umfeld in Deutschland aufgewachsen bin. Auch die Art und Weise, wie viele Traditionen umgesetzt wurden, war neu für mich. Besonders gut hat mir gerade dieser Austausch zwischen den verschiedenen Ländern gefallen. Neue Traditionen, Bräuche und Länder kennen zu lernen, war für mich eines der vielen Highlights auf der IC.“

Erzähltheater „Kamishibai“

EIN KREATIVER MEHRGEWINN FÜR DIE JÜDISCHE GEMEINSCHAFT

13



Im Kunstatelier Omanut präsentiert die Mitarbeiterin Ziva Maier die Schabbat-Geschichte über das Erzähltheater „Kamishibai“

Die Stimmung ist gut. Im Rahmen der Kunstworkshops auf der Betreuungszeit im Kurheim Beni Bloch in Bad Kissingen, die Judith Tarazi (Leiterin des Berliner ZWST-Kunstateliers Omanut) und die Freizeitbetreuerin Marina Müller organisieren, entwerfen Menschen mit einer Behinderung Zeichnungen zu dem Thema Freiheit. Vorher haben sie in einer Gesprächsrunde besprochen, was Freiheit für den Einzelnen bedeutet, wie man sie gewinnt und ob es in der Geschichte des jüdischen Volkes Beispiele dafür gibt. Sofort fällt Teilnehmerin Hannah das Pessachfest ein, dass an den Auszug des Volkes Israel aus Ägypten erinnert.

Seit Oktober 2021 organisiert der Inklusionsfachbereich Gesher das Projekt „Menschen mit einer Behinderung erstellen Bildkartensets zu zentralen menschlichen Themen für ein Kamishibai-Theater“ gemeinsam mit dem Kinder-, Jugend- und Familienreferat der ZWST, gefördert von Aktion Mensch e.V.

Die Idee des Kamishibai-Straßentheaters stammt aus dem alten Japan: Kamishibai ist ein Holzrahmen mit 2 Türen, in den Bildkarten im Format Din A3 eingefügt werden. Wenn mehrere Bilder nacheinander gezeigt und beschrieben werden, entsteht eine interaktive Erzählung oder ein „Erzähltheater“. Themen wie Selbstbestimmung, Freiheit, Umgang mit Konflikten oder auch das Verhältnis zur Natur sind zentrale Inhalte der Kamishibai-Grafiken, die in verschiedenen Selbsthilfegruppen erarbeitet werden. Hannah Eljaschewitsch (Vorschullehrerin u. Content Writer bei einem Startup-Unternehmen in Tel Aviv) und Rivka Batescoff (Künstlerin in einem Tel Aviver Schulbuchverlag) gestalten diese Inhalte zu einer Bildfolge im Format des Kamishibai -Theaters.

Die erstellten Bildabfolgen begeistern die unterschiedlichsten Betrachter:innen: Kinder auf einer Inklusionsfreizeit der ZWST, die Besucher:innen des Kunstateliers Omanut, und in den regelmäßig stattfindenden Zoom-Sitzungen einiger Selbsthilfegruppen, wie z.B. in Nürnberg, ist Kamishibai mittlerweile ein fester Bestandteil. Auch in anderen Einrichtungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, wie in Kindergärten oder im Elternheim der jüdischen Gemeinde Düsseldorf, interessieren sich Zuschauer:innen für die vielfältigen Kamishibai-Graphiken. Sie verdeutlichen, dass Menschen mit Behinderung ein aktiver Teil der jüdischen Gemeinschaft sind und zu ihrer kreativen Entwicklung beitragen können. Immer mehr Mitarbeitende jüdischer Einrichtungen sehen den Mehrgegninn von Inklusion auch für ihre nicht behinderten Mitglieder.

Anastasia Quensel (ZWST), die das Projekt mit organisiert, erhält immer wieder positive Rückmeldungen: „Es ist phänomenal geworden. Die Illustrationen sind der Hammer - wunderschön, ansprechend, emotional, spannend, detailreich. Die Illustratorin hat es toll gemacht!“ (Wibke R.)

Dr. Dinah Kohan, Leiterin des Inklusionsfachbereiches Gesher

Die verschiedenen Kamishibai Bildabfolgen können hier bestellt werden (10 € pro Geschichte):

Inklusionsfachbereich Gesher, gesher@zwst.org

Anastasia Quensel, quensel@zwst.org

Ein bereichernder Perspektivwechsel

FREIWILLIGES ENGAGEMENT VON MENSCHEN MIT EINER BEHINDERUNG

Ehrenamtliches Engagement für Menschen mit einer Behinderung verdient hohe Anerkennung, ist wichtig und notwendig. Doch das funktioniert auch andersherum: Auch Menschen mit einer Einschränkung wollen und können sich aktiv einsetzen – zum Beispiel für ältere Menschen, Kinder oder Geflüchtete. Das bedeutet nicht nur, etwas Gutes für andere Menschen zu tun, sondern auch aktive gesellschaftliche Teilhabe.

Der Inklusionsfachbereich Gesher der ZWST hat in Bayern und in Nordrhein-Westfalen erfolgreich Projekte gestartet, um Menschen mit Behinderung in ihrem freiwilligen Einsatz für die Gemeinschaft zu unterstützen. Beide Projekte werden von der Aktion Mensch e.V. gefördert.

Im Rahmen der Projekte werden die Freiwilligen intensiv geschult, mit Blick auf ihre Potenziale. Hauptamtliche Mitarbeitende des Inklusionsfachbereiches Gesher vermitteln Basiswissen über Krankheits- und Behinderungsbilder, Grundkenntnisse der Anforderung an die Kommunikation, Verhalten bei Konflikten und Möglichkeiten der Konfliktlösung, Grundwissen zum Notfallverhalten, Überblick und Grundkenntnisse zum Angebot der Alltagsunterstützung und vieles mehr.

Familienpatenschaften: Die Projektleitung legt großen Wert auf Einzelbetreuung und persönliche Beratung. Es wurden Patenschaften für betroffene Familien mit einem passgenauen Unterstützungsangebot im direkten Wohn- und Lebensumfeld entwickelt. Die Familienpaten haben als Personen mit einer Behinderung aus eigener Erfahrung einen Überblick über Angebote, die eine Familie in Anspruch nehmen kann. Die gegenseitige Unterstützung und Hilfestellung steht dabei im Vordergrund.

Darüber hinaus begleiten die Projektteilnehmenden Bewohner:innen von Pflegeheimen in die Synagoge, schenken beim Seniorennachmittag Kaffee aus oder erledigen Einkäufe für Menschen, die nicht mobil sind. Sie tun es mit Freude, sie erhalten dafür Dank und Wertschätzung, es entstehen Kontakte, Freundschaften und neue Erfahrungen für alle.

Aktiv für andere zu werden, bietet Menschen mit einer Behinderung vielfältige Chancen, die Gesellschaft mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Menschen mit Behinderungen, von denen viele in ihrem Alltag selbst Unterstützung brauchen, sind aktiv als Freiwillige - ein bereichernder Perspektivwechsel für alle Seiten.

Unsere soziale und inklusive Gesellschaft lebt vom Miteinander und Füreinander ihrer Mitglieder. Das ehrenamtliche Engagement aller, die aktiv sein wollen, ist ein wichtiger und unverzichtbarer Beitrag dazu. *Inna Gorelik, Inklusionsfachbereich Gesher*



Stark für alle. Inklusion durch ehrenamtliches Engagement

PROJEKTINFO

Projekt NRW: „Inklusives Ehrenamt. Stark für alle“

Kontakt: Jana Stachevski, Sozialarbeiterin

Mail: stachevski@zwst.org

Projekt Bayern: „Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit einer Behinderung“

Kontakt: Inna Gorelik, Sozialarbeiterin

Mail: gorelik@zwst.org



Spuren von zwei Jahren Pandemie an Schulen

FACHTAGUNG FÜR LEHRKRÄFTE AN DER HOCHSCHULE HEIDELBERG

15



Anastasia Quensel (ZWST) begrüßt die Tagungsteilnehmenden. Foto: Susanne Mohn

Was soll jüdischer Religionsunterricht heute leisten? Was sind die Möglichkeiten des Online-Unterrichts, und welche Kinderbücher können im jüdischen Religionsunterricht verwendet werden? Um diese Fragen zu diskutieren, haben sich vom 20. bis 22. Februar Religions- und Hebräischlehrer:innen an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg getroffen. Die Erleichterung, sich wieder live zu sehen, war deutlich zu spüren, nachdem die Tagung im vergangenen Jahr pandemiebedingt ausfallen musste. Die Tagung wurde vom Zentralrat und der ZWST organisiert und ist eine Fortsetzung der 2016 gestarteten Tagungsreihe. Auf dem Programm der zweitägigen Veranstaltung standen Workshops und Panels zur Nutzung unterschiedlicher Medien, zur Vermittlung jüdischer Kultur im Religionsunterricht, Didaktik, der Thematisierung der Shoah und den jüdisch-muslimischen Beziehungen. Ein Querschnitt:

Mit der Veränderung des Unterrichts nach der Pandemie beschäftigte sich ein Workshop zum Umgang mit Unruhe in der Klasse und Classroom-Management-Techniken von Mirja Ottshofski (Studienrätin, bildet an der Anna-Freud-Schule in Berlin päd. Fachkräfte aus). Sie beleuchtete die verschiedenen Ursachen von Unterrichtsstörungen und vermittelte Strategien der Vermeidung.

Der Psychologe Louis Lewitan ging in seinem zweiteiligen Workshop auf das Zusammenspiel von Beziehung zu sich selbst und Beziehung zu den Schüler:innen ein. Es ging um Resilienz, Stress und eigene Bedürfnisse. Gerade die Pandemie habe vermehrt das Gefühl von Kontrollverlust und der damit verbundenen Angst ausgelöst – auch bei Schüler:innen.

Der Mangel an geeignetem Unterrichtsmaterial zu den deutsch-israelischen Beziehungen wurde im Workshop von Johannes Becke und Jenny Hestermann thematisiert, die an der Hochschule im Bereich Israel- und Nahoststudien forschen. Hier fragen die Schüler:innen immer wieder nach, denn das Thema ist

oft Teil ihrer eigenen Lebensrealität – auch bereits an Grundschulen. Das vorhandene Material zeichne sich häufig durch eine sehr einseitige Perspektive aus, viele Stimmen und Sichtweisen blieben dabei ausgespart. – Verschiedene Rückmeldungen verdeutlichen die Bedeutung der Tagungsreihe für Religionslehrkräfte. Sie bietet dieser heterogenen Gruppe die Möglichkeit, sich kontinuierlich auszutauschen und Lösungsansätze für Probleme zu teilen, die in jedem Unterricht auftauchen. *Laura Vollmers (vollständiger Artikel erschienen in der Jüdischen Allgemeinen vom 24.02. 2022)*

Maryam Abdolahi (36, Religions- und Englischlehrerin an der Sonntagsschule in der Jüdischen Gemeinde Marburg), erstmalige Teilnehmerin, freute sich vor allem auf den persönlichen Austausch. Ihr war es wichtig zu erfahren, wie man Religionsunterricht interessant gestalten kann. Sie hat für sich viele neue Methoden der Didaktik mitgenommen, wie z.B. die nachhaltige und effektive Vermittlung kultureller Bildung. Für das kommende Jahr wünscht sie sich einen Austausch und Workshops darüber, wie man die verlorene Zeit der Pandemie aufarbeitet und was man aus dieser Zeit lernen kann. Ihr Ziel ist es, Schüler:innen dabei zu begleiten, zurück in die Normalität zu kommen.

Robert Cooper (37, Lehrer an der Sonntagsschule in der Jüdischen Gemeinde Mönchengladbach) sind vor allem das Networking und der Austausch unter Kolleg:innen wichtig. Für ihn bietet die Fortbildung die beste Möglichkeit, sich über neue Materialien zu informieren. In diesem Jahr stand für ihn vor allem die Thematisierung der Shoah im Unterricht im Fokus, wie auch das Unterrichtsmaterial zu deutsch-israelischen Beziehungen. Wie in den vergangenen Jahren konnte er Informationen, nützliche Links und Tipps für überarbeitete sowie neue Literatur mitnehmen sowie vieles zur Einrichtung des digitalen Lernens. Für die Zukunft wünscht Robert Cooper sich vor allem, dass die Tagung die Vielfalt ihrer Themen beibehält.

„Wer sich nicht digitalisiert, wird ausgeknockt“

16

ABSCHLUSS DES ESF-QUALIFIZIERUNGSPROJEKTES „ZEDAKAH 4.0“



Vom 20. bis 22. Februar fand in Berlin die letzte Präsenzveranstaltung des ESF-Qualifizierungsprojektes „Zedakah 4.0“ statt, gefördert im Rahmen des Programms „rückenwind+“. 20 Teilnehmende erhielten ihr Teilnahmezertifikat, überreicht von Projektleiterin Sana Kisilis. Ziel des im August 2021 gestarteten, 4-moduligen Qualifizierungsprojektes war es, hauptamtliche Fach- und Führungskräfte jüdischer Institutionen als Multiplikator:innen zu qualifizieren, um strukturellen und personellen Wandel im Bereich digitaler Transformation sozialer Dienstleistungen in ihre Organisationen zu tragen. Durch Austauschformate, Best Practice-Beispiele, Vermittlung von Methodenkompetenzen und durch Coaching wurden in dem Projekt die Teilnehmenden darin gestärkt, sich Führungsaufgaben im digitalen Strukturwandel der jüdischen Gemeinden zu stellen und aktiv zu agieren.

Das Seminar stand unter der Überschrift: „Algorithmen, Robotik und Teilhabe“. Irina Rosensaft, Leiterin der ZWST-Digitalisierungsinitiative Mabat,

informierte über „Change Management in Organisationen“ und diskutierte mit den Teilnehmenden folgende Fragen: Wie gelingt eine Veränderung und was sind Erfolgsfaktoren? Welche Methoden kommen dabei zum Einsatz? Was markiert die Unterschiede zwischen alten und neuen Führungsstrukturen in Unternehmenskulturen? Die Referentin Anna Katzelnik (Trainerin und Beraterin) organisierte ein Workshop zu Grundlagen gewaltfreier Kommunikation, die Anwendung dieses Konzeptes und praktischen Konfliktlösungsstrategien.

In diesem Modul hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Arbeitsgemeinschaften zu folgenden Szenarien vorzustellen: Katastrophenfall, Management von Mitgliederdaten, Unterstützung von jungen Familien und Kommunikationsstrategien am Arbeitsplatz. Hier wurden die erarbeiteten Bedarfe beschrieben und digitale Lösungen vorgeschlagen, mit denen die Herausforderungen des jeweiligen Szenarios bewältigt werden können. Das Motto

„Wer sich nicht digitalisiert, wird ausgeknockt“ (zit. Wladimir Klitschko) aus der AG Katastrophenfall kann durchaus als Fazit aller 4 AG's angesehen werden.

In der Podiumsdiskussion mit ZWST-Direktor Aron Schuster, dem Leiter des Berliner ZWST-Büros Günter Jek und dem Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), Dr. Gerhard Timm ging es um die zukünftigen Anforderungen der Digitalisierung in gemeinnützigen Organisationen und ihre Auswirkungen auf die jüdische Sozialwirtschaft. Im Fokus stand u.a. die Frage, wie jüdische Gemeinden und ihre Einrichtungen an den digitalen Vorhaben der Bundesregierung partizipieren können und wie die ZWST sie dabei unterstützen kann.

In einem letzten Onlinemodul werden im Zeitraum von April bis Juni 2022 digitale Workshops zum Datenschutz, zur Remote-Arbeit und zum Thema Antisemitismus im Netz durchgeführt.

Das Projekt „Zedakah 4.0“ wird im Rahmen des Programms „rückenwind+“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



Zertifikat-Übergabe und ein Geschenk für Projektleiterin Sana Kisilis, Fotos S.16/17: Tanja Lubarski

Im Gespräch mit Marie Zielinski (28), Antisemitismus- und Antidiskriminierungsbeauftragte in der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen

Was war Ihre Motivation zur Teilnahme am Qualifizierungsprojekt „Zedakah 4.0“ ?

„Obwohl ich zu einer Generation gehöre, die schon früh mit Mobiltelefonen, Computern und dem Internet aufgewachsen ist, hatte ich keine große Affinität für Digitalisierungsprozesse. Im Gegenteil fällt es mir teilweise schwer, mich auf digitale Angebote einzulassen und ich fühle mich schnell von der Technik überfordert. Ich hatte die Hoffnung, durch die Teilnahme an dieser Fortbildung einen erleichterten Zugang zu digitalen Formaten zu bekommen. Tatsächlich hat die Fortbildung meine Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern übertroffen. Ich habe einen neuen Blick auf digitale Entwicklungen bekommen, sodass ich diese nun als Ergänzung zum Analogen wahrnehmen und wertschätzen kann. Schon jetzt hat sich meine Arbeitsweise dadurch verändert, aber auch im privaten Kontext konnte ich von den neuen Perspektiven profitieren. Die Fortbildung war für mich ein voller Erfolg.“

Welche Inhalte waren für Sie besonders interessant und warum?

„Besonders wertvoll waren für mich die Gespräche und Anregungen zur Erleichterung des Alltags durch die Digitalisierung. Uns wurde in den verschiedenen Modulen aufgezeigt, dass digitale Tools Dinge vereinfachen, Zeit sparen und Prozesse optimieren

können. Sie sollten jedoch auf keinen Fall das anlage Zusammensein und den Austausch von Mensch zu Mensch ersetzen. Zudem kann die Digitalisierung dafür sorgen, dass jeder mehr oder weniger gleichberechtigt und transparent auf Wissen zugreifen kann, was ein neues Arbeiten ermöglicht. Dies ist meiner Meinung nach eine positive Perspektive für ein innovatives Arbeiten der Zukunft, bei dem Menschen sich auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam ihre Ziele verfolgen.“

Was nehmen Sie von dieser Fortbildung mit nach Hause bzw. mit in Ihre Gemeinde?

„Es gab viele neue Ideen, Anreize und Perspektiven, die ich gerne in der Gemeinde einbringen werde. Auch konnte ich für mein eigenes Arbeiten lernen. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass komplizierte Verfahren und Prozesse im Arbeitsalltag nicht einfach hingenommen werden müssen, sondern vielmehr durch innovative, digitale Lösungen vereinfacht werden können.“

Würden Sie Qualifizierungen dieser Art auch anderen Fachkräften der jüdischen Community empfehlen und was sollte zukünftig im Fokus stehen?

„Für mich war es spannend zu sehen, auf wie viel inneren Widerstand Digitalisierungsprozesse (auch bei mir) stoßen können. Veränderungen brauchen Zeit und müssen gut begleitet werden. Aus diesem Grund scheint es mir sinnvoll, dass mehr Fachkräfte im Bereich Digitalisierung, vor allem auch zum Thema Organisationsentwicklung und Change Management ausgebildet werden.“

Im Gespräch
mit Winnie Mampe und Philip Egbune



KONTAKT

OFEK-Hotline Sachsen-Anhalt

Montag 12 - 14 Uhr

Dienstag 12 - 14 Uhr

Mittwoch 10 - 12 Uhr

Donnerstag 16 - 18 Uhr

Tel.: 0345 68167047

Mobil (Philip): (+49) (0) 176 577 13 140

Mobil (Winnie): (+49) (0) 176 577 13 127

Winnie Mampe: mampe@ofek-beratung.de

Philip Egbune: egbune@ofek-beratung.de

Erhöhter Beratungsbedarf im Kontext Schule

OFEK IN SACHSEN-ANHALT - FORTSETZUNG EINER GESPRÄCHSREIHE

Die Beratungsstelle OFEK entstand 2017 als Modellprojekt im Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment, um dem zunehmenden Bedarf an stärkender Beratung nach antisemitischer Gewalt und Diskriminierung nachzugehen und qualifizierte Beratungsangebote für Einzelne und Gemeinden wie auch zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen bundesweit zu etablieren. Seit 2019 ist OFEK ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin und bundesweiter Ausrichtung. Im Jahr 2020 eröffnete OFEK neben Berlin mehrere Standorte in Baden-Württemberg, Hessen und 2021 auch in Sachsen-Anhalt. Der Standort Sachsen befindet sich im Aufbau.

Im Gespräch mit:

- **Philip Egbune (42), Berater bei OFEK Sachsen-Anhalt seit April 2021**
- **Winnie Mampe (35), Beraterin bei OFEK Sachsen-Anhalt seit April 2021**

OFEK Sachsen-Anhalt ist Standort von OFEK e.V. mit Sitz in Halle. Mit Beratung auf Anfrage bietet OFEK Sachsen-Anhalt zielgerichtete Unterstützung bei Antisemitismus vor Ort. Die Beratung findet derzeit telefonisch, auf Wunsch aber auch digital und in Präsenz statt. Das Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Was war und ist eure Motivation, die Tätigkeit als Berater:in bei OFEK auszuüben?

Winnie: „Ich hatte mich schon in meinem Studium verstärkt mit Gewaltphänomenen und sozialen Problemen auseinandergesetzt und arbeite seit 2020 ehrenamtlich in einem Projekt in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit mit arabischen Frauen. Der Ansatz von OFEK war für mich auch vor allem deshalb interessant, weil ich meine eigene Geschichte in vielen Aspekten der Arbeit wiedererkenne. Es ist mir daher ein persönliches Anliegen ebenso einen Beitrag in der Verarbeitung von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen für Betroffene zu leisten wie auf die damit verbundenen Leerstellen in der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft hinzuweisen.“

Philip: „Ich bin Diplom-Sozialwirt und habe mich schon in meinem Studium mit diversen Aufgaben im sozialen Bereich beschäftigt. Dazu kommt mein Migrationshintergrund als jüdischer Bürger und meine Erfahrungen in der Arbeit in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen.“

Was steht im Fokus der Anfragen? Sind hier Grundzüge in den Themen der Beratung erkennbar?

„Die Anfragen, die uns erreichen sind sehr unterschiedlich und meist auch komplex. Die grundsätzliche Tendenz von OFEK, dass es vermehrt Anfragen aus dem schulischen Bereich gibt, bildet

sich auch in den Anfragen hier in Sachsen-Anhalt ab. Daneben erreichen uns aber auch Anfragen zu Antisemitismus im öffentlichen Raum, in Behörden, nach Sachbeschädigungen oder auch zum verbreiteten Hass im Netz wie antisemitischen Kommentaren oder Videos.“

Die Beratungsstelle OFEK bietet jüdischen Gemeinden und Organisationen Unterstützung für Menschen mit ukrainischen Wurzeln in Deutschland an. Wie wirkt sich der Krieg in der Ukraine auf eure Arbeit aus?

„Jede gesellschaftliche Krise wirkt sich auf die Arbeit einer Beratungsstelle aus. So war das zu Beginn der Corona-Pandemie, nun auch im Zuge des Krieges in der Ukraine. Dieser geht den jüdischen Gemeinden in Deutschland sehr nah. Es ist unser Anliegen, gerade in dieser schweren Zeit an der Seite der jüdischen Gemeinden zu stehen. Wir befinden uns daher in einem engen Kontakt mit den Gemeinden hier in Sachsen-Anhalt und werden ihnen bedarfsgerechte Angebote unterbreiten. Auch für uns ist es zurzeit ungewiss, wie sich unsere Arbeit unter dem Einfluss des Krieges verändern wird. Der Bedarf an sehr konkreten Unterstützungsleistungen für die Gemeinschaft und auch Einzelne zeichnet sich aber bereits jetzt deutlich ab. Deshalb arbeiten wir an allen OFEK Standorten unter anderem daran, das seit Beginn des Krieges ehrenamtlich organisierte, psychologische Zusatzangebot weiter zu öffnen.“

Rechtsextreme Bewegungen und mit ihnen Teile der AfD instrumentalisieren die Auswirkungen der Pandemie für ihre Zwecke. Antisemitische Angriffe und Diskriminierung haben mit Zunahme von Verschwörungserzählungen im Zusammenhang der „Querdenken-Bewegung“ nochmal einen „Schub“ bekommen. Wie äußert sich das in den Beratungsbedarfen?

„In der Pandemiezeit nehmen wir bei OFEK bundesweit eine Zuspitzung der antisemitischen Bedrohung wahr. In Sachsen-Anhalt wird sowohl der Zulauf zur Querdenkerszene als auch deren zunehmende Radikalisierung besonders nach dem Anschlag in Halle diskutiert. Insbesondere im Kontext Schule ist dabei ein erhöhter Beratungsbedarf zum Umgang mit aktuellen Formen des Antisemitismus, Fake-News und Verschwörungserzählungen zu verzeichnen. OFEK Sachsen-Anhalt hat dazu ein Angebot für Betroffene aber auch Lehrkräfte, Bildungsvermittler:innen und weitere Interessierte erarbeitet, die antisemitische Vorfälle erleben, wahrnehmen und nach passenden Interventionen suchen.“

Ist eure Arbeit durch die Pandemie weiterhin erschwert? Oder gibt es wieder die Möglichkeit zu persönlicher Beratung?

„Das Team von Sachsen-Anhalt steht in engem Austausch mit den anderen Standorten und der Geschäftsstelle in Berlin. Gemein-

sam mit dem Gesamtteam von OFEK haben wir uns auch während der Pandemie gut organisieren können. Die Beratung haben wir in digitale Räume überführt und telefonische Sprechzeiten eingerichtet. Die Arbeit mit den Gemeinden wird jedoch durch die Pandemie beeinflusst, da durch den Rückgriff auf digitale Formate zwischenmenschliche Kontakte stark beeinträchtigt sind. Dennoch haben wir versucht Lösungen dafür zu finden und haben im Zuge der Eröffnung unseres Büros im Herbst 2021 auch persönliche Beratung angeboten, die auf Anfrage weiterhin stattfindet.“

OFEK ist die einzige überregionale Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Wie wird das Angebot angenommen?

„Die Resonanz auf unseren Standort von OFEK hier in Sachsen-Anhalt ist durchweg positiv. Mit den Mitarbeitenden des Landesverbandes und der Gemeinden konnten wir einen guten Austausch etablieren. Vor allem regionale Beratungsstellen nehmen die Ergänzung zu ihren Angeboten sehr offen an und stehen in einem kollegialen Austausch mit uns. Die Zusammenarbeit mit Beratungsnetzwerken und lokalen Organisationen stimmt uns positiv und verleiht uns Kraft für die Fortsetzung unserer Arbeit.“

Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg für eure Arbeit !

HvB, ZWST

BUNDESWEITE HOTLINE

Bundesweite telefonische Hotline

Tel.: (+49) 800 664 52 68, (+49) 176 458 755 32

**Auf Wunsch mehrsprachig:
deutsch, englisch, hebräisch, russisch**

Sprechzeiten:

Mo. 16-18 Uhr, Di. u. Do. 10-12 Uhr

Mi. 12-14 Uhr, Fr. 12-14 Uhr

E-Mail: kontakt@ofek-beratung.de

www.ofek-beratung.de

Die ZWST trauert um Trude Simonsohn sel. A.

20

EIN NACHRUF



Trude Simonsohn sel. A. im Gespräch. Jugendkongress 2017 in Frankfurt/M. anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der ZWST. Foto: Gregor Zielke

Die am 25. März 1921 in Olmütz, Mähren geborene Trude Simonsohn sel. A., verstorben am 06. Januar 2022 in Frankfurt am Main, verschrieb sich der Sozialarbeit und war von 1987 bis 1995 Vorstandsmitglied der ZWST sowie Mitbegründerin der psychosozialen Kontakt- und Begegnungsstätte für Shoah-Überlebende in Frankfurt. Darüber hinaus war sie über viele Jahre hinweg aktives Mitglied der ZWST-Sozialkommission.

Trude Simonsohn überlebte das Ghetto Theresienstadt und das Konzentrationslager Auschwitz. 1950 kam sie mit ihrem Mann Berthold Simonsohn (1912-1978) nach Deutschland. Berthold Simonsohn war der erste Direktor der nach der Shoa wieder ge-

gründeten Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und maßgeblich für den Wiederaufbau der ZWST Anfang der 50er Jahre verantwortlich.

Bis in ihr hohes Alter war Trude Simonsohn sel. A. an Schulen, in Vereinen und Institutionen aktiv, um jungen Menschen von ihrer Überlebensgeschichte zu berichten. Die Versöhnung und das Werben für ein friedvolles Miteinander waren ihr hierbei stets ein großes Anliegen.

Die ZWST hat Trude Simonsohn sel. A. viel zu verdanken und wird ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie.

JCC und ZWST organisieren Impfkation für Überlebende

Vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen hat sich die Jewish Claims Conference (JCC) im Winter 2021/2022 mit einer Impfkation an alle registrierten Überlebenden der Shoah in Deutschland gewendet. Diese zumeist hochbetagten Personen sind oft nicht mehr mobil, verfügen nicht über ausreichende Sprachkenntnisse und haben daher mit höheren Hürden für die Erlangung eines erfolgreichen Impfschutzes zu kämpfen. Dazu kamen im Winter die oft überlasteten Impfzentren und Arztpraxen, was es dieser Zielgruppe zusätzlich erschwert hat, einen Termin zu bekommen. Die betreffenden Personen hatten die Möglichkeit, folgende Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen:

- **Vereinbarung von Impfterminen**
- **Transfer / Begleitung zum Impfzentrum oder Arztpraxis**
- **Übersetzung offizieller Informationen zur Impfung**
- **Unterstützung beim Ausfüllen der erforderl. Unterlagen**

Die gewünschten Hilfeleistungen wurden von der JCC an die Mitarbeitenden des Sozialreferates der ZWST weitergeleitet, die dann die erforderliche Koordination mit jüdischen Gemeinden und lokalen Organisationen bundesweit übernommen haben.